Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 118. | Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 22. Mai 1919. | Jahrg. 1.

Nicht allein der scharfe Stachel,
Süßer Seim auch ward den Bienen;
Meiden wir das Gift des einen,
Muß uns doch der andre dienen.

Fr. W. Weber.

Friedensbedingungen und Arbeiterschaft.

Von Wilhelm Wallbaum, M. d. N.-V.

Nach über vierjährigem harten Ringen ist der Weltkrieg beendet worden. Im Vertrauen darauf, daß die Friedensverhandlungen im Geiste der Wilsonschen Vorschläge geführt würden, hat die deutsche Oberste Heeresleitung im Einvernehmen mit der Reichsleitung die Waffen niedergelegt. Volle 6 Monate haben unsere Feinde gebraucht, um in zahlreichen Paragraphen das auszutüfteln, was sie Deutschland als Sühne auferlegen wollen. Jetzt liegen die Friedensbedingungen vor, und was sie uns bringen, bedeutet nichts weniger, als den politischen und wirtschaftlichen Untergang des deutschen Volkes. Welches aber die Einwirkungen auf die Lage der deutschen Arbeiter sind, soll im nachstehenden kurz angedeutet werden.

Das deutsche Wirtschaftsleben hat in den letzten 4 Jahrzehnten vor dem Kriege in Landwirtschaft, Handel und Industrie durch große Schaffenskraft einzig dastehende Höchstleistungen vollbracht. Die Landwirtschaft lieferte nicht nur infolge gewaltiger Steigerung ihrer Produktion fast den gesamten Lebensmittelbedarf, sondern sie wurde auch Abnehmerin zahlreicher Industrieprodukte. Die Industrie beschäftigte schon 1907 15 Millionen Arbeiter und Angestellte. Die Aufwärtsbewegung hielt auch in den nächstfolgenden Jahren noch an, besonders im Bergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenindustrie, elektrotechnischen und der chemischen Industrie, die wohl als die maßgebenden für die Weltwirtschaft anzusehen sind, zeigte sich die deutsche Überlegenheit. Die deutsche Arbeiterschaft lieferte in steigendem Maße qualifizierte Arbeit, was zugleich eine Steigerung der Fertigindustrien bedeutete. An dieser Entwicklung war die Arbeiterschaft auf das lebhafteste interessiert. Ernährten sich doch von unserer Beteiligung am Weltmarkt 12 bis 15 Millionen Deutsche. Diese ungeheure Entwicklung auf allen Gebieten deutscher Volkswirtschaft ermöglichte nicht nur die Erfüllung großer Kulturaufgaben, sondern auch die deutsche Sozialpolitik konnte vorbildlich durchgeführt und zu Milliardenleistungen erweitert werden. Die Arbeiter nahmen Anteil an diesem wirtschaftlichen Aufstieg, indem sie durch ihre Gewerkschaften sich Anerkennung verschafften und Anteil am Erfolg der Arbeit durch steigende Löhne. Ein gewisser Wohlstand auch in der Arbeiterschaft machte sich, wie die Spareinlagen zeigen, in erfreulicher Weise bemerkbar.

In diese Entwicklung griff der Krieg ein. Und die jetzt von den Feinden gestellten Friedensbedingungen machen ihr auf unabsehbare Zeit ein Ende. Unser blühendes Wirtschaftsleben ist mit einem Schlage vernichtet! Das wird alle Volkskreise auf das härteste treffen, für die vielen Millionen Lohnarbeiter aber von katastrophaler Bedeutung sein.

Die Friedensbedingungen enthalten insbesondere drei Forderungen: ungeheure finanzielle Leistungen, Abgabe wichtiger Landesteile und die wirtschaftliche Abschnürung. Diese Forderungen, vom deutschen Volke angenommen, bedeuten für unsere bisher sozial und wirtschaftlich aufsteigende Arbeiterklasse die Sklaverei im wahrsten Sinne des Wortes.

Die finanziellen Leistungen, die uns die Entente auferlegen will, wird jegliche Initiative der deutschen Unternehmer untergraben und unser vom Kapital entblößtes Wirtschaftsleben lahmlegen. Der schmale Erfolg unserer zukünftigen Arbeit wird als Kriegsentschädigung an das Ausland zu zahlen sein und jede Entwicklungsmöglichkeit unseres gewerblichen Lebens unterbinden.

Eine weitere Erschwerung wird eintreten durch die geforderte Abgabe wichtiger Landesteile, die bisher in der Lage waren, der deutschen Industrie Rohstoffe für die Weiterverarbeitung zu liefern. Wir sollen Elsaß-Lothringen herausgeben, das Saargebiet zunächst auf 15 Jahre den Franzosen überlassen und wichtige Teile von Oberschlesien an die Polen abtreten. Das bedeutet die Herausgabe unserer wichtigsten, an beiden Grenzen liegenden Teile, die bisher in hervorragender Weise uns Kohle und Erze geliefert haben. Damit würde der deutschen Industrie fast jede Produktionsmöglichkeit aus eigener Kraft genommen und unsere Abhängigkeit vom Rohstoffe liefernden Ausland besiegelt werden. Schon im Jahre 1916 haben namhafte Gewerkschaftsführer sich dahin ausgesprochen, daß die Preisgabe von Elsaß-Lothringen und Oberschlesien für die Arbeiterschaft Hunger und Knechtschaft bedeuten würde. Diese damals vertretene Auffassung ist nur zu berechtigt, wenn man bedenkt, daß ohne die aus diesen Landesteilen stammenden Rohstoffe unsere Industrie überhaupt nicht gewinnbringend arbeiten kann. Die Folge wird sein, daß hunderttausende deutscher Arbeit in Zukunft nicht mehr in der Lage sind, in der deutschen Heimat Arbeit und Brot zu finden.

Hinzu kommt noch die wirtschaftliche Abschnürung vom Weltmarkt. Die von den Feinden beanspruchte Kontrolle über Einfuhr und Ausfuhr von Rohstoffen, Fertigfabrikaten und unsere Finanzwirtschaft macht das Bild vollständig und raubt uns jede wirtschaftliche Selbständigkeit. Damit hätten dann die Feinde, insbesondere die Engländer, das gesteckte Ziel, die deutsche Volkswirtschaft völlig zu vernichten, erreicht. England wird seinen Hauptkonkurrenten los und kann sich frei und ungehindert zum Bankier der ganzen Welt entwickeln. Die deutsche Arbeiterschaft aber steht am Grabe ihrer Wünsche und Hoffnungen. Was in 30 Jahren unter schweren Kämpfen von der Arbeiterschaft erreicht worden ist, wird in Zukunft nicht mehr aufrecht zu erhalten sein. Unsere Leistungen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung sind gefährdet. Die hoffnungslose Lage der Industrie und die ungeheuren Leistungen werden es kaum gestatten, allen sozialpolitischen Verpflichtungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und der Arbeiterschutzgesetzgebung nachzukommen: „Bei einer Niederlage steht auch die deutsche Arbeiterversicherung auf dem Spiele", so sagte im Jahre 1916 ein sozialdemokratischer Arbeiterführer, der leider mit dieser Auffassung, so wie die Lage in Zukunft sich gestaltet, wohl recht behalten wird. Hieran wird die deutsche Arbeiterschaft denken müssen, wenn sie in diesen folgenschweren Tagen Stellung nehmen will zu der Frage, ob wir die schamlosen Friedensbedingungen annehmen wollen oder nicht. — Eine weitere Folge wird sein, daß die Arbeiterschaft in Zukunft ihre Lohnpolitik ganz anders wird einstellen müssen. Im Zeichen der Kriegsteuerung mußten die Löhne selbstverständlich erhöht werden; seit der Revolution hat sich sogar eine wilde Lohnpolitik bemerkbar gemacht, die mit den Teuerungsverhältnissen teilweise nicht mehr zu rechtfertigen war. Das wird in Zukunft unterbleiben müssen. Aber nicht nur das, sondern auch die vor dem Kriege gezahlten, zum Teil tariflich festgelegten Löhne werden in Zukunft nicht aufrecht zu erhalten sein, wenn wir überhaupt auch nur einen Schatten gewerblicher Tätigkeit uns sichern wollen. Das ist bedauerlich und wird Not und Elend in Millionen von Arbeiterfamilien tragen, aber in absehbarer Zeit nicht zu ändern sein. — Endlich erfreuten wir uns einer stetigen Verkürzung der Arbeitszeit, die nach der Revolution auf dem Wege der Verordnung als Achtstundentag festgelegt worden ist. Auch den können wir nicht beibehalten. Wollen wir uns durch das Schwere der uns gestellten Bedingungen hindurchwinden, dann wird Arbeit und immer wieder Arbeit die Parole sein müssen. Das sind trostlose Aussichten. Das Los der deutschen Arbeiterschaft wird ein so trauriges werden, wie es seit dem Bestehen der deutschen Industrie noch nicht gewesen ist. Nichtsdestoweniger werden die Gewerkschaften selbstverständlich die Aufgabe übernehmen, dieses traurige Los der Arbeiter zu erleichtern. Auf dem Wege der Selbsthilfe und durch gesetzliche Bestimmungen wird versucht werden müssen, die Interessen der Arbeiterschaft einzugliedern in die der übrigen Volksschichten, um so die uns auferlegte Last zu einer des ganzen Volkes zu machen.

Wie kann Frankreich sich schützen?

Erich Kuttner schreibt im Vorwärts:

Zu Beginn des Krieges konnte man in vielen Schaufenstern neben anderen Darstellungen auch einen Bilderbogen betrachten, der die jetzige Bevölkerungsziffer und voraussichtliche natürliche Wachstum der kriegführenden Völker bis 1950 veranschaulichen sollte. Jede Nation war durch Soldaten ihrer Uniform dargestellt, die Größe der Figuren drückte die Bevölkerungsziffer aus.

Links auf diesem Bilderbogen war ein kleiner französischer Poilu zu sehen, auch in dem Zeitraum bis 1950 hatte er nur ein ganz Geringes an Größe zugenommen. In der Mitte stand ein stattlicher deutscher Krieger, er wuchs bis zum Jahre 1950 bereits um mehrere Kopflängen. Aber ganz auf der rechten Seite drohte der russische Riese, fast dreimal so groß als der Deutsche, über viermal so groß als der Franzose ragte er empor, und er entwickelte sich bis 1950 zu einem alles erdrückenden Koloß.

In diesem Bilderbogen ist die deutsche vorrevolutionäre wie die jetzige französische Außenpolitik erklärt. Zu Beginn des Krieges stand Deutschland allgemein im Bann der russischen Angsthypnose. Man sagte sich: Wir werden Rußland wohl militärisch besiegen, aber was dann? Was können selbst die blutigsten Schlachtenverluste einem Volke auf die Dauer anhaben, dessen fruchtbare Mutterschöße die Bevölkerungsziffer jährlich um 2 Millionen Lebende vermehren? Trotz aller Siege wird Rußland, das jetzt dreimal so volkreiche, in einem Menschenalter fünfmal so volkreich sein wie wir, und dann — wehe uns!

Aus dieser Angsthypnose entsprangen dann die russischen Aufteilungspläne, die letzten Endes das deutsche Handeln in Brest-Litowsk bestimmten. Man wollte der russischen Gefahr Herr werden, indem man alles von Rußland abtrennte, was nur irgendwie abzutrennen war, selbst Landesteile, die durchaus nicht von Rußland losgelöst sein wollten, wie die große und fruchtbare Ukraine. Aber seltsam: selbst bei dieser Politik ließ sich das russische Volk nicht in dem gewünschten Maße verzwergen, und obendrein blieb die ganze Rechnung im höchsten Maße unsicher, weil man stets darauf gefaßt sein mußte, daß die Ukraine die nächste Gelegenheit ergreifen würde, um wieder den Anschluß an Rußland zu finden, wie das bereits tatsächlich geschehen ist.

Das Beispiel ist lehrreich. Es zeigt, wie selbst die schroffste Anwendung militärischer Gewaltmittel nicht das natürliche Verhältnis zwischen zwei Völkern umzukehren vermag. Die militärische Gewaltpolitik geht von der Voraussetzung ewiger Feindschaft aus, dabei ist sie es aber erst, welche die Feindschaft zwischen den Völkern verewigt, indem sie den Staat, den sie in Schach halten will, durch Verstümmelung und Vergewaltigung förmlich zu einer Revanchepolitik zwingt. Wäre selbst der Frieden von Brest-Litowsk bestehen geblieben, so wäre Deutschland damit das Gefühl der russischen Gefahr nicht losgeworden. Die russischen Mutterschöße hätten weiter die Masse des russischen Volkes vermehrt, und mit der Volksmenge wäre der Haß gegen den brutalen Sieger gewachsen. Heute ist der Frieden von Brest-Litowsk in tausend Fetzen gerissen, und doch ängstigt man niemand in Deutschland mehr mit der russischen Gefahr, weil ganz allgemein das Gefühl hinter uns liegt, als ob wir in Zukunft mit Rußland durchaus verfeindet sein müßten.

Aber unter derselben Angsthypnose, wie die deutsche Politik in Brest-Litowsk, steht jetzt die französische in Versailles. Mag auch viel Zorn und Trauer über die Verwüstungen Nordfrankreichs mitsprechen, ausschlaggebend für Clemenceaus Politik ist das einfache mathematische Exempel, daß es fast doppelt soviel deutsch redende als französisch sprechende Menschen in Europa gibt, die sich obendrein stark vermehren, während die französische Rasse stagniert. Frankreich fürchtet sich trotz seines Sieges ebenso vor Deutschland, wie Deutschland sich vor dem besiegten Rußland fürchtete. Es hat ebenso, wie wir damals, die drohenden Figuren des Bilderbogens vor Augen.

Und nun sehen wir Clemenceau fast dieselben Mittel anwenden, wie seinerzeit Ludendorff: Abteilen, Trennen, Entwaffnen. Wenn man die Dinge unter dem Gesichtswinkel künftiger Revanchemöglichkeiten sieht, ist dann Frankreich durch eine solche Politik wirklich gesichert? An-

genommen, wir wären so, wie uns die Augen der französischen Gewalthaber sehen, nur scheinbar jetzt friedensgeneigt infolge unserer Niederlage, aber innerlich bereits den neuen Angriff vorbereitend: müßte dann Frankreich nicht ständig vor uns zittern, auch wenn es das linke Rheinufer militärisch besetzt, auch wenn Deutsch-Österreich künstlich von der Vereinigung mit Deutschland ferngehalten wird, auch wenn man einige Millionen Deutsche an Polen, Tschechen und Italiener ausliefern, auch wenn man Deutschlands Rüstungen beschränkt? Es bleiben trotzalledem noch immer viel mehr Deutsche als Franzosen, und in einem Menschenalter wird das Zahlenverhältnis voraussichtlich für Frankreich noch ungünstiger sein.

Künstliche Fesselungen und Beschränkungen eines Volkes lassen sich aber, wie die Geschichte lehrt, nur ganz selten längere Zeit aufrecht erhalten. Bei dem ersten Wechsel in der allgemeinen Konstellation werden die Fesseln abgestreift. Letzten Endes würde die Sicherheit Frankreichs doch nicht auf der Entwaffnung und Zerteilung des deutschen Volkes beruhen, sondern darauf, daß das gegen Deutschland gerichtete Syndikat der Sieger dauernd erhalten bleibe. Zweckverbände aber locken sich, wenn ihr Zweck erreicht ist. Mit der Besiegung Deutschlands ist der wesentliche Bündnisgrund der Entente weggefallen. England und Amerika haben nichts von uns zu fürchten, der alleinige Zweck der Entente würde also der Schutz Frankreichs durch seine Verbündeten gegen die angenommene deutsche Revanchegefahr sein. Damit würde Frankreich in dem Bündnis die Rolle des ewig schutzbedürftigen und daher ständig auf die andern angewiesenen Gliedes spielen. Die Furcht vor Deutschland müßte es vollkommen von England abhängig machen. Und bei der ersten Trübung dieser Freundschaft (man denke z. B. an koloniale Gegensätze) stände Frankreich, das durch den Krieg auch einen früheren Bundesgenossen, das mächtige Rußland, verloren hat, nun auf seine eigene Kraft angewiesen da.

So sehen die Dinge mit imperialistischen Augen betrachtet aus. Trotz aller Sicherungen keine Sicherheit, trotz aller Fesselungen die ständige Angst, daß der Gefangene bei Gelegenheit ausbrechen könnte. Militarismus und Annexionismus können Frankreich gegenüber Deutschland genau so wenig sichern, wie Deutschland gegen Rußland.

Deshalb gibt es für Frankreich nur eine wirkliche Sicherung: Nicht den Gewaltfrieden, sondern den wirklichen Frieden. Als Feind unter allen Umständen betrachtet und behandelt, wird Deutschland dem französischen Denken immer als Gefahr erscheinen, mag es auch noch so stark entwaffnet und bewacht sein. Aber auch hier schwindet die Gefahr mit der Voraussetzung der Feindschaft.

Nicht Deutschland für einen künftigen Krieg möglichst schlecht stellen, nicht mit äußerer Gewalt einen solchen Krieg zu verhindern suchen, sondern die inneren Möglichkeiten eines solchen Krieges zu beseitigen, das ist Frankreichs Interesse, das ist sein bester Schutz. Heute hat die Revanche-idee im deutschen Volk keinen Boden, alle Gewaltmittel gegen die eingebildete Gefahr können nur dazu führen, sie künstlich hochzuzüchten. Wie die innere Umgestaltung Rußlands von der russischen Angsthypnose erlöst hat, so sollte die deutsche Umgestaltung Frankreich von einer ähnlichen Besorgnis befreien. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß es sich von der alten militaristischen Betrachtungsweise frei macht.

Frankreichs bester Schutz gegen Deutschland ist ein wirklicher Völkerbund gleichberechtigter Nationen, ein Völkerbund, der nicht ein Trust der Sieger ist, sondern auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Verständigung und der Versöhnung beruht und damit jeden künftigen Krieg unmöglich macht.

Die Aufnahme der Vorfriedensbedingungen im In- und Ausland.

(Fortsetzung)

Und im Ausland? Beginnen wir bei unsern Feinden. Frankreich wird in seinem Verhältnis zu uns durch Furcht und Haß bestimmt. Es ist daher zu verstehen, daß es Franzosen gibt, denen die Bedingungen noch zu milde sind. Andererseits gibt es auch in Frankreich starke sozialistische Strömungen, die wie „Populaire" den Mut haben zu erklären, daß dieser Friede für die Sozialisten ein Friede der Unterdrückung sei und daß die Friedensbedingungen neuen Zündstoff enthalten. Das sind Äußerungen vom 9. Mai. Doch schon am 10. Mai hören wir, daß der französische Sozialist Marcel Sembat für einen „Gewaltfrieden" eintritt, und ein Leitartikel der „Heure" nennt die Friedensbedingungen „gerecht und vernünftig", gibt freilich zu, daß für das französische Volk der Krieg zu Ende sei und man keine Lust habe, ihn wieder aufzunehmen. „Glaubt man etwa", so fragt er, „daß das französische Volk aufjauchzen werde bei dem Gedanken, Berlin besetzen zu müssen?" — Vergleicht man mit dieser Äußerung den einst so beliebten Alarmruf „à Berlin (nach Berlin) und seine zündende Wirkung, so ist ersichtlich, wie in der Tat der Krieg die kecke Kriegslust der Franzosen gehörig gedämpft hat, wenigstens im Volke. Es handelt sich nur darum, ob das Volk sich nicht wieder durch seine Regierung wider seinen Willen zur Fortsetzung des Krieges wird aufpeitschen lassen. Wie oft haben sich die deutschen Genossen schon getäuscht, wenn sie auf die Solidarität der Arbeiter in den feindlichen Ländern bauten. So wurde denn auch in diesem Falle bereits am 12. Mai über Genf das Versagen der französischen Sozialisten gemeldet: „Die gestern in Paris im Seine-Departement", anberaumten Versammlungen gegen den Gewaltfrieden", heißt es da, „wurden auf Verfügung des Militärgouverneurs von Paris verboten. Die sozialistische Landespartei hatte bereits am Sonnabend (10. Mai) ihre Beteiligung an den Kundgebungen verweigert". Im Gegensatz zu dieser Meldung freilich berichtet die „Humanité" am 11. von dem „starken Besuch der gestrigen Versammlung der sozialistischen Verbände des Seine-Departements in Paris. „Das Proletariat habe durch stürmischen Beifall für die Redner gezeigt, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen wolle", „der Versailler Frieden ein Clemenceaufrieden, den man nicht unterzeichnen darf". — „Dieser Friedensvertrag nur ein Kriegsvertrag, eine Entstellung de Grundsätze von Gerechtigkeit und Würdigkeit". „Alle Vereinigungen des Proletariats sollen eine kräftige Aktion gegen den jetzt entlarvten Imperialismus des Verbandes anbahnen". In solchen Worten machte sich die Entrüstung der französischen Sozialisten gegen den Clemenceau-Frieden Luft. Wird diese Stimmung von Bestand sein oder wird sie abermals umschlagen und uns trügen, wenn es hart auf hart geht, und Diktator Clemenceau die Kampfansage annimmt? —

Wir möchten zur Vorsicht mahnen. Doch nehmen wir mit Genugtuung davon Kenntnis, daß laut einer Versailler Meldung vom 14. die Haltung der sozialistischen Presse in Frankreich unter dem Eindruck der einmütigen Proteste in Deutschland, insbesondere der deutschen Nationalversammlung unverändert ist und fortfährt, den Vertrag aufs schärfste zu verurteilen. Das entspricht durchaus einer Meldung des Sonderberichterstatters des „H. K.", der bereits unter dem 13. mitteilt, die sozialistische Abneigung gegen den Frieden beginne größeren Umfang anzunehmen. Diese dem Friedensvertrag feindselige Stimmung wird noch weitere Nahrung finden durch das in Frankreich herrschende „industrielle Chaos", von dem wir über Amsterdam sowohl wie auch durch eine Notiz des „New York Herald" hören, in der die schlechte wirtschaftliche Lage Frankreichs erörtert wird. Vor allem aber durch die Antwort Clemenceaus auf unsere Note betreffend Ausbau des Sozialismus in allen Ländern nach deutschem Muster. Clemenceau hat den deutschen Vorschlag abgelehnt, wenn auch mit Rücksicht auf die Stimmung der französischen Arbeiterschaft in sehr vorsichtiger Form. Gleichzeitig lehnt er die Forderungen der Weltherrschaft ab, die von der Berner Konferenz aufgestellt und auf Antrag der deutschen Gewerkschaften in den deutschen Vorschlag aufgenommen wurden. Es handelt sich vor allem um die von deutscher Seite befürwortete Einberufung einer Arbeiterfriedenskonferenz neben der bereits tagenden Diplomatenkonferenz. Gerade die Ablehnung dieser Arbeiterforderungen wird, möchten wir hoffen, die französischen Arbeiter bestärken in ihrem Kampf gegen Clemenceau. Wir möchten es hoffen, auf Grund verheißungsvoller Anfänge, verhehlen uns aber die Tatsache nicht, daß sie ohne eine ihnen entsprechende Fortsetzung geblieben sind. Denn wenn unter dem 15. aus Versailles gemeldet wird, daß die sozialistische Gruppe des französischen Parlaments 16 Mitglieder gewählt habe, den Friedensvertrag zu prüfen, so legen wir darauf nicht mehr Wert, als wenn Clemenceau in seiner Antwort an unsere Außenminister versichert, daß „Vertreter der Gewerkschaften an der Ausarbeitung derjenigen Artikel beteiligt sein werden, die auf die Arbeiter Bezug haben." Glauben wir etwa, daß die Vertreter der französischen Gewerkschaften die ihnen zur Prüfung vorgelegten Artikel anders als in französischem Sinne bearbeiten werden? Betont doch in diesem Augenblick der Genosse Cachin in der „Humanité" ausdrücklich, daß die französischen Sozialisten auf nationalem Boden ständen. Der Legende, daß die Anhänger eines gerechten Friedens eine Entlastung Deutschlands hinsichtlich seiner Schulden an Frankreich erstrebten, sei kein Glauben zu schenken. Die sehr unzuverlässige Haltung der französischen Arbeiterschaft im Falle einer Aktion zugunsten Deutschlands d. h. in erster Linie ihrer deutschen Genossen, tritt auch in neueren Äußerungen französischer Genossen klar zutage.

(Schluß folgt.)

Der kritische Tag.

Pünktliche Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge.

Das Reichskabinett ist Dienstag vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Zur Beratung stand wieder die Friedensfrage. Der gesamte Komplex der deutschen Gegenvorschläge, die zu einem regelrechten Gegenentwurf der deutschen Regierung ausgestaltet worden sind, ist bereits Montag abend nach der Kabinettssitzung nach Versailles übermittelt worden. Wenn, was anzunehmen ist, die deutsche Delegation in Versailles der Regierung in Berlin keine Abänderungsvorschläge machen sollte, dann werden die Gegenvorschläge am Donnerstag, den 22. Mai, voraussichtlich um drei Uhr nachmittags durch die Vermittelung des Obersten Henry, dem Ministerpräsidenten Clemenceau als dem Vorsitzenden der Entente-Delegationen überreicht werden.

Die feste Haltung der Regierung.

Freitag, der 23. Mai, wird dann der kritische Tag sein, an dem man ein Urteil darüber wird gewinnen können, ob Aussichten bestehen, bald zu einem Friedensschluß zu kommen. Man rechnet in Berlin und Versailles durchaus mit der Möglichkeit, daß die Alliierten die deutschen Gegenvorschläge kurz ablehnen und eine bestimmte Frist stellen, innerhalb der die deutsche Delegation erklären müsse, ob sie den Vertragsentwurf der Alliierten annehme oder nicht. In diesem Falle würden die „Friedensverhandlungen" ein sehr rasches Ende finden. Das Reichskabinett hat sich in seinen letzten Sitzungen darauf geeinigt, daß in diesem Falle die Unterzeichnung der Friedensbedingungen verweigert werden soll.

Die Not der Auslandsdeutschen.

Von Hans Roose-Etoor.

Noch im Jahre 1914 lebten 30 Millionen Deutsche im Ausland, davon allein in Rußland ungefähr 3 Millionen. Als der Weltkrieg ausbrach, sind die deutschen Kolonisten, von denen viele länger als 100 Jahre in den verschiedenen Gegenden Rußlands ansässig waren, in barbarischer Weise mißhandelt, ins Gefängnis gesteckt, und schließlich in die Verbannung nach Sibirien geschickt worden. Viele Frauen, Kinder und Greise sind auf dem wochen-, oft monatelangen Wege nach der Verbannung, den sie meist zu Fuß bei sibirischer Kälte in Wind und Wetter zurücklegen mußten, umgekommen.

Durch erbarmungslose Gesetze der Zarenregierung, durch Kriegselend und Verfolgung haben die deutschen Kolonisten in der Geschichte bisher Beispielloses für ihr Vaterland erduldet. Millionenwerte, die durch deutschen Fleiß geschaffen sind, hat die Politik der russischen Regierung, die in den Worten Goremykins: „Wir führen den Kampf gegen das Deutschtum" gipfelt, (Enteignungsgesetz vom Februar bezw. Dezember 1915), vernichtet. Von den blühenden deutschen Ansiedlungen ist heute wohl nur noch wenig übrig geblieben.

In ähnlicher Weise haben die Franzosen deutsches Privateigentum verletzt, und deutsche Arbeitskräfte, die in Frankreich tätig waren, interniert. Ströme des Hasses und der Verachtung überfluteten alles das, was deutsch war und erstickten alle Keime der Erkenntnis vom wahren Wesen deutscher Kultur; und so ist es erklärlich, daß auch in den deutschen Kolonien die Franzosen ihrem Vandalismus freien Lauf ließen. In Kamerun und Togo hausten sie, nach vorliegenden Nachrichten, wie die Räuber.

In England regelten den Raub deutschen Eigentums die bekannten Gesetzesbestimmungen von 1914 (Verordnung über die Auflösung des Handels feindlicher Ausländer). Hiernach war feindliches Privateigentum — entgegen allem Völkerrecht — nicht nur zu beschlagnahmen, sondern auch zwangsweise zu liquidieren. Durch die sonderbare Art der Liquidation sind ungeheure Werte wissentlich und vorsätzlich verschleudert und die Auslandsdeutschen in schamlosester Weise bestohlen worden. Um eine Beweisführung für den Raub der Liquidatoren zu verhindern, hat man vorsichtshalber die die Liquidation behandelnden Akten vernichtet.

Andere feindliche Staaten, soweit sie nicht unter französischem oder englischem Drucke standen, behandelten die im Lande ansässigen Deutschen in nicht so abschreckender Weise. Ebenso haben die Amerikaner, Italiener, Chinesen die Deutschen würdiger behandelt. Unsägliches haben aber auch diese Ärmsten erduldet. Viele Tausende haben sich den Qualen der Internierung durch beschwerliche und abenteuerliche Flucht entzogen und weilen bereits in größter Not im Mutterland. Nach und nach öffnen sich den übrigen die Stacheldrahtzäune. Der Weg zur Rückkehr ist von vielen beschritten; sie treffen, des Erwerbs und Vermögens beraubt, ohne Unterkunft, ohne Verpflegung, ohne Arbeits- und Erwerbsmöglichkeit in Not und Sorge auf bessere Zukunft und unsere Hilfe vertrauend, hier ein. Es gehört die Phantasie eines Höllenschilderers Dante dazu, um das grauenhafte Elend der vom Schicksal Heimgesuchten zu schildern, die wochen- und monatelang unterwegs, verlumpt, verhungert ihre Heimat suchen. Der Weg, den sie gehen, muß in allernächster Zeit von vielen Leidensgefährten beschritten werden. Drei Milionen deutsche Bauern aus den osteuropäischen Staaten, die infolge des allgemeinen Hasses auf das Deutschtum das gleiche Schicksal zu erdulden hatten, rüsten sich zu gleicher Fahrt; ebenso ist aus den überseeischen Staaten mit erheblichem Zufluß solcher Rückwanderer zu rechnen, sobald der Verkehr wieder aufgenommen sein wird.

Dunkel liegt die Zukunft vor ihren sorgenvollen Blicken, viele der Unglücklichen haben keine Möglichkeit, sich zurzeit die nötigen Mittel zum Lebensunterhalt und zur Bekleidung zu beschaffen. Reich und Einzelstaaten sind unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse nicht in der Lage, alle Verpflichtungen einzulösen. Es ist daher Ehrenpflicht des deutschen Volkes, und eine Notwendigkeit für sein Wirtschaftsleben, daß die wertvollen Kräfte der zurückkehrenden auslandsdeutschen Brüder, die um ihres Deutschtums, um ihres Vertrauens willen auf Deutschlands Kraft und Treue litten, nicht in der schweren Zeit des Übergangs, nach jahrelanger Internierung noch in der Heimat verkümmern und zugrunde gehen, sondern daß sie sobald als möglich mithelfen können an neuen Aufgaben und an schaffender Arbeit.

Es gilt „Treue mit Treue" zu vergelten.

Erinnerung an wichtige Arbeiten.

„Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau" (Verlag Trowitzsch u. Sohn in Frankfurt a. O.) schreibt:

Im Wirtschaftsgarten können jetzt Bohnen, Gurken, Kürbis und Zuckermais gelegt werden. Bohnen werden oft zu dicht gelegt, auf fettem Boden ist das besonders nachteilig. Von jetzt ab möglichst alle zwölf Tage eine neue Bohnensaat vornehmen. Rote Beete, Kohlrüben, frühen Blumenkohl, Wirsing und Blätterkohl säen. Hirse und Buchweizen wird mit Jauche gedüngt. Neuseeländer Spinat, Eiskraut und Kopfkohl pflanzen. Zwiebel- und sonstige Saaten ausdünnen.

Obstgarten: Am Formobst die unnötigen Laubaugen wegdrücken. Die überflüssigen Wurzelausläufer an den Himbeeren wegschneiden. Um die Erdbeerfrüchte nachher vor dem Beschmutzen zu bewahren, bringen wir nun schon strohigen Dünger um die Pflanzen. Das Wegbrechen der zu dicht aufeinander sitzenden Knospen (Doppelaugen) an Weinreben muß erfolgen. Sorgt auch schon für die Zubereitung von Jauche, mit welcher nachher die abgeblühten Bäume gedüngt werden sollen.

Die Delegation in Versailles befindet sich in vollständiger Uebereinstimmung mit dem Kabinett. Bei den am Sonntag in Spaa erfolgten Besprechungen zwischen den Reichsministern Dr. Dernburg, Graf Brockdorff-Rantzau und Wissel, dem preußischen Finanzminister Dr. Südekum und den aus Versailles in Berlin eingetroffenen Wirtschafts-Finanzsachverständigen wurde vollkommene Uebereinstimmung dahin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorgelegten Form unannehmbar ist. Damit ist allen, besonders von der französischen Presse verbreiteten Gerüchten von Unstimmigkeiten zwischen Reichsregierung und Friedensdelegation der Boden entzogen.

Der einzige Weg zum Frieden.

Der „Deutschen Allgem. Zeitung" wird aus Versailles halbamtlich gedrahtet: Das Datum des 22. Mai verpflichtet zu nichts, am allerwenigsten, mit einem Ja oder Nein zu antworten. Die Aufgabe der Delegation wird es sein, die bis zu diesem Tage fertiggewordenen Gegenvorschläge der Entente zu übermitteln und ihr dann eine Verlängerung der Frist zu überlassen. Daß diese Frist, wenn auch nicht um Wochen, sondern vielleicht nur um Tage verlängert wird, erscheint wahrscheinlich. Sie muß verlängert werden, weil es nach Clemenceaus Worten der Delegation frei stand, ihre Einwendungen in einem einzigen Dokument am 22. Mai abzuliefern, und somit würde die von der Entente dann vorzunehmende Prüfung eine Fristverlängerung bedeuten. Gewiß braucht man sich nach wie vor keiner trügerischen Hoffnung auf irgendein Entgegenkommen seitens des Verbandes hinzugeben. Aber man soll nicht die wenigen Wege, sagen wir ruhig, den einzigen Weg, versperren, der übrig bleibt.

Die Veröffentlichung der deutschen Gegenvorschläge, mit denen der Friedensausschuß der Nationalversammlung am Montag in einer streng vertraulichen Sitzung bekanntgemacht worden ist, dürfte am Donnerstag abend nach erfolgter Ueberreichung erfolgen. Zu Beginn der Sitzung des Friedensausschusses am Montag ergriff der Präsident des Reichsministeriums Scheidemann das Wort. Außer ihm sprachen unter anderen Reichsminister Dernburg, Erzberger, Noske, Dr. David und Gothein. Die nächste Sitzung des Friedensausschusses dürfte erst Ende dieser Woche stattfinden. Die Nationalversammlung selbst wird zunächst keine Vollsitzung abhalten. Die nächste Vollsitzung dürfte erst stattfinden, wenn die Entscheidung über den Friedensvertrag gefallen ist. Diese Sitzung wird dann voraussichtlich wiederum in Berlin stattfinden. Es dürfte nur eine einzige Sitzung sein.

Rückkehr der Minister nach Versailles.

Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, sowie die Mitglieder der Delegation, welche sich am Sonnabend nach Spaa begeben hatten, trafen am Montag mittag wieder in Versailles ein. Ferner trafen ein: Direktor Wassermann von der Deutschen Bank als Sachverständiger für Finanzfragen und Generaldirektor v. Ott als Sachverständiger für Binnenschiffahrtsfragen. Die Reichsminister Giesberts und Landsberg waren bereits vormittags aus Deutschland nach Versailles zurückgekehrt.

Die deutsche Note über das Saargebiet.

Nach einer Meldung der „Daily News" aus Paris ist die deutsche Note über das Saargebiet gemäßigt. Es wird zugegeben, daß ein Teil des Deutschen Reiches seiner Bevölkerung nach nicht rein deutsch ist, und daß Frankreich ein Recht hat auf Wiederherstellung und Entschädigung für die zerstörten Bergwerke. Die Deutschen protestieren aber gegen die Losreißung rein deutscher Gebiete. Der Korrespondent des Blattes hat den Eindruck, daß im Prinzip eine Aenderung der Bedingungen bezüglich des Saarbeckens angenommen werde. Bei der Regelung erhalte Frankreich mehr Kohle, als es verloren. Die Kohlen des Saarbeckens gehen Frankreich ohne Zahlung zu.

Fertigstellung der Antwort auf die deutschen Noten.

Die Alliierten haben die Antwort auf die Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau bezüglich des Wiederaufbaues, der Entschädigungen und der Verantwortlichkeit fertiggestellt. In dieser Antwort wird daran erinnert, daß die deutsche Delegation jetzt nicht mehr hinweisen könne auf die veränderte Regierung Deutschlands, weil Deutschland im Jahre 1871 auch die französische Republik für die Handlungen Napoleons III. verantwortlich gemacht hätte, außerdem sei Deutschland während dieses Krieges Rußland gegenüber aufgetreten, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, daß auch dort eine andere Regierung die Gewalt an sich gerissen hatte. Infolgedessen müsse auch Deutschland für alle Schäden verantwortlich gemacht werden, die durch sein Auftreten verursacht worden sind.

Neutrale Zone in Norddeutschland?

Außer den Vorschriften, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, glaubt der Pariser „Temps" zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich nördlich von Flensburg bis südlich Hamburg und von Osten nach Westen in einer Linie erstreckt, die von Stettin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland ungefähr die gleichen Beschränkungen gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beobachten sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht auch hervor, daß die Häfen von Stettin und Hamburg beide in diese neutrale Zone einbegriffen sind.

Oesterreichs Vollmachten überreicht.

Der Austausch der Vollmachten zwischen den Delegierten der Entente und der österreichischen Delegation hat am Montag nachmittag in St. Germäin im Palais Heinrichs IV., und zwar im Zimmer, wo Ludwig XIV. geboren wurde, stattgefunden. Der Ausschuß der Alliierten bestand aus Cambon für Frankreich, White für Amerika, Hardinge für England, Martino für Italien und Matsai für Japan. Weiter waren anwesend Vertreter für Belgien, China, Kuba, Griechenland, Nicaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Kroatien, Slowenien, Siam und Tschecho-Slowakei.

Holland lehnt Gebietsabtretungen ab.

Der Fünferrat erörterte am Montag die belgischen Forderungen wegen Revidierung des Vertrages von 1839. Hymans legte den belgischen Standpunkt und die territorialen Forderungen dar, und erinnerte an die Nachteile, welche Belgien im Kriege aus den ungenügenden Garantien des Vertrages von 1839 erwachsen waren. Der holländische Minister des Aeußeren von Karnebeek erwiderte, Belgien werde Holland bereit finden, ihm die Erfüllung seiner Wünsche zu erleichtern, namentlich soweit sie die Schelde-Schiffahrt beträfen. Jedoch sei man im Haag der Ansicht, daß nicht davon die Rede sein dürfe, holländische Bevölkerungen, deren Loyalismus sich kürzlich ausdrücklich bekundet hätte, unter eine fremde Herrschaft kommen zu lassen. Wie „Matin" hervorhebt, waren die Erklärungen Karnebeeks in sehr versöhnlichem, aber gleichzeitig entschiedenem Tone gehalten.

Der Einspruch des Islams.

In Konstantinopel fanden bedeutende Kundgebungen statt. Eine noch nie beobachtete Aufregung trat wegen der Pariser Meldungen über die Aufteilung der Türkei ein. Scheich ül Islam wird einen Aufruf an die mohammedanische Welt erlassen. Der Sultan wird einen Protest veröffentlichen. Ein neues Aufflackern der Bewegung in Aegypten und Indien ist unausbleiblich. — Die Erklärung des Staatssekretärs für Indien, Montagu, des Maharadschas von Bikamir und der mohammedanischen Delegierten Indiens gegen die Aufhebung des Sultanats in Konstantinopel scheinen im Viererrat einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. Die Mohammedaner Indiens machen geltend, daß ihnen gegenüber die Verpflichtung eingegangen worden ist, den Sieg nicht dazu zu benützen, den Islam in der Person des Sultans zu demütigen. Obwohl bisher keinerlei Beschluß gefaßt ist, scheint es, daß die Aufteilung der Türkei derart geregelt wird, daß das Sultanat Konstantinopel bestehen bleibt.

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Kongreß.

Die Sondersession des amerikanischen Kongresses, welche den Friedensvertrag erörtern soll, trat am Dienstag zusammen. Die Botschaft Wilsons wurde am Sonnabend von Paris aus ins Weiße Haus gekabelt und wird voraussichtlich am Mittwoch im Kongresse verlesen werden, nachdem dieser seine innere Organisation ergänzt haben wird. Ueber den Inhalt ist nichts weiter bekannt, als daß sie die Aufmerksamkeit des Kongresses auf folgende Fragen lenken will: Regelung der Frage der amerikanischen Handelsmarine, Annahme des allgemeinen Wahlrechts, Annahme des Militär- und Flottenprogrammes und Annahme geeigneter Maßnahmen zur Verstärkung des Prohibitionsgesetzes.

Gegen den Gewaltfrieden.

Millionenkundgebungen in Oberschlesien.

In Oberschlesien, so besonders in Kattowitz und Hindenburg, fanden dieser Tage gewaltige Protest- und Demonstrationsumzüge gegen den Gewaltfrieden statt. Nach den bei dem Staatskommissariat für Oberschlesien eingelaufenen Berichten kann man annehmen, daß von den in Frage kommenden 1 200 000 Einwohnern gut eine Million ihren Willen bekundet hat, auf alle Fälle bei Deutschland zu bleiben. In den Berichten über diese Demonstrationen und Protestumzüge an das Staatskommissariat wird immer wieder hervorgehoben, daß gerade aus den Kreisen der polnisch sprechenden Arbeiterschaft am lautesten der Ruf ertönt, nicht vom Deutschen Reiche losgetrennt zu werden.

Die preußischen Minister in Ostpreußen.

Aus Anlaß der Anwesenheit der Minister Hirsch, Heine und Braun fand in der Königsberger Börse eine große politische Versammlung statt, in der die Minister Ansprachen hielten. Die Regierung, so führte Ministerpräsident Hirsch aus, hat den Vertrag in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet, und es ist ihr damit vollkommen ernst. Ganz besonders würde Ostpreußen zu leiden haben. Wir sind hierher gekommen, um den Ostpreußen zu bekunden, daß wir in dieser schweren Stunde zu ihnen stehen, und wir wollen, daß auch Ostpreußen wiederum bereit ist, Gut und Blut zu opfern, um bei Deutschland zu bleiben. Die Regierung ist mit den Behörden von Ostpreußen der Ansicht, daß wir der Entente klipp und klar sagen, daß wir uns auf eine Volksabstimmung, wie sie die Entente plant, nie und nimmer einlassen. Es folgten mehrere Ansprachen der Minister Braun und Heine, sowie des Oberpräsidenten Batocki, die alle ausklangen in dem Gelöbnis, lieber das Letzte zu opfern, als unter der Umklammerung des polnischen Imperialismus unsere Freiheit, unsere Lebensmöglichkeit und schließlich unser Deutschtum zu verlieren.

Zuvor fand zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch, den Ministern Braun und Heine einerseits und den Mitgliedern des ostpreußischen Provinzialrates sowie dem Oberpräsidenten von Batocki andererseits eine wichtige Konferenz statt, in der u. a. die allgemeine Volksabstimmung der Provinz über die unmenschlichen Friedensbedingungen der Entente besprochen wurde, in der zum Ausdruck kam, daß der größte Teil der Arbeiterschaft Ostpreußens geschlossen hinter dem Nein der Reichsregierung steht.

Die sächsische Volkskammer

beschloß mit allen gegen neun Stimmen nach einer Ansprache des Ministerpräsidenten und nach Erklärungen der verschiedenen Parteien eine Kundgebung, worin sie sich aufs schärfste gegen den Versailler Mordfrieden wendet und seine Bedingungen für glattweg unannehmbar erklärt.

Der deutsche Wirtschaftskongreß

veranstaltete in der Berliner Philharmonie eine mächtige Kundgebung gegen den Gewaltfrieden der Entente. Generaldirektor Bruckmann betonte, daß der Protest des deutschen Volkes eine Mahnung an die Feinde sein müsse, es nicht zum Aeußersten kommen zu lassen. Das deutsche Volk sei auch heute noch von seiner Unschuld am Kriegsausbruch überzeugt. Die Vertreter deutscher Arbeit und Wirtschaft rufen in einer Resolution alle schaffenden Kräfte der Welt auf, sie im Kampf um das Recht des deutschen Volkes auf freie Arbeit und Lebensmöglichkeit zu unterstützen.

Selbsthilfe der Stadt Birnbaum.

Die kerndeutsche Bürgerschaft von Birnbaum, die den Polen ausgeliefert werden soll, hat es nicht bei bloßen Kundgebungen bewenden lassen, sie ist zur Tat übergegangen. Auf Veranlassung der städtischen Behörden ist eine Reservekompagnie von 320 Mann aus kriegsgeübten, mit der Waffe ausgebildeten Einwohnern gebildet worden, die die Aufgabe hat, sobald die Polen angreifen sollten, Birnbaum im Verein mit dem Grenzschutz bis zum letzten Mann zu verteidigen. Von der Regierung wird erwartet, daß sie diese treue deutsche Bevölkerung unter keinen Umständen preisgeben wird.

Vergebliches Bemühen der Franzosen in der Pfalz.

Nach zuverlässigen Nachrichten aus der Pfalz sollten am Sonntag in den Pfälzer Städten seitens derjenigen Elemente, die im Solde der Franzosen stehen, auf Wunsch des Generals Gerards Kundgebungen stattfinden, die die Gründung einer selbständigen pfälzischen Republik unter Anlehnung an Frankreich zum Ziel haben sollten. Hauptzielpunkt der französischen Propaganda war die vollständige politische Isolierung der Pfalz, insbesondere auch von den übrigen linksrheinischen deutschen Gebieten. Alle diese Versuche der Franzosen sind gescheitert. Die Versammlungen haben überall, namentlich in Speyer, zu begeisterten Kundgebungen für die untrennbare Zusammengehörigkeit der Pfalz mit Deutschland geführt.

Die deutschen Bischöfe an den Papst.

Die „Tribuna" meldet, daß alle deutschen Bischöfe an den Papst einen Appell richteten, und ihn um Schutz für das vor dem Ruin stehende Deutschland baten. Die Bischöfe erinnerten an die päpstliche Note zugunsten eines dauerhaften Friedens. Sie geben zu, daß Deutschland notwendigerweise Opfer bringen müsse, fordern jedoch, für ein Volk von siebzig Millionen Seelen das Recht zum Leben, um die soziale Wiederaufrichtung vornehmen zu können. — Die „Tribune" berichtet ebenfalls, daß der Papst dem Kardinal Hartmann versichert habe, er werde zu Gunsten der deutschen Katholiken bei den Alliierten vorstellig werden.

Die wirtschaftliche Erdrosselung.

Der Ruin der deutschen Industrie.

Deutschland hatte sich im Verlaufe der letzten Jahrzehnte vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt. Als Industriestaat waren wir bis jetzt in der Lage, eine Bevölkerung von annähernd 70 Millionen Menschen zu ernähren dadurch, daß wir entweder direkt oder indirekt durch Verarbeitung auswärtiger Rohstoffe soviel Lebensmittel einführten (im Jahre 1913 für rund 12 Millionen Tonnen), als eine derartig angewachsene Bevölkerung zum Lebensunterhalt verlangte. Nun sollen wir aber nach dem Friedensvertrage der Entente allein an Polen 53 250 Quadratkilometer abtreten, d. h. ein volles Zehntel der bisherigen Gesamtbodenfläche des deutschen Reiches.

Wie grausam auch hierbei die Entente wieder vorgegangen ist, wird einem erst richtig klar, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Bedeutung diese durch den „Wilsonfrieden" abzutretenden Gebiete für die Versorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen bisher gehabt haben. An der Produktion von Brotgetreide war nach dem Wochenbericht der Preisprüfungsstelle des deutschen Landwirtschaftsrats im Durchschnitt der Jahre 1910—14 die Provinz Posen mit 9,16 Prozent, Westpreußen mit 5,5 Prozent und Ostpreußen mit 5,69 Prozent beteiligt. Bei den Kartoffeln beträgt der Anteil Posens 9,9, Westpreußens 6,27 und der Ostpreußens 5,22 Prozent. Da die Polen auch auf den Regierungsbezirk Oppeln Anspruch erheben, so ergibt sich, daß fast ¼ der deutschen Gesamtproduktion von Brotgetreide und Kartoffeln auf die von der feindlichen Annektion bedrohten Gebiete entfällt. Hinsichtlich seiner Volksernährung würde das für Deutschland einen unglaublichen Verlust bedeuten und uns in erheblich stärkerem Maße als bisher vom Auslande abhängig machen.

Wir müssen also noch bedeutend mehr als bisher vom Auslande Lebensmittel einkaufen. Dazu gehören aber, da wir kein Gold zur Bezahlung haben, Rohstoffe, die wir dem Auslande zum Ausgleich anbieten könnten. Wir wären in Zukunft dank der Bodenschätze unseres Landes noch in der Lage gewesen, dem Auslande durch Lieferung von Kohlen, von Erzen und von Kali soviel Kompensationsobjekte zu bieten, daß es uns möglich sein würde, für unsere Bevölkerung das zum Leben Nötige einzuführen. Jetzt kommt aber die Entente und nimmt uns außer den Kalilägern in Elsaß-Lothringen noch die Kohlengruben des Saargebietes und von Oberschlesien, die mindestens ein Drittel unserer gesamten bisherigen Kohlenproduktion ausmachen. Zu diesen überaus einschneidenden Maßnahmen hat die Entente insofern noch schwerere Bedingungen hinzugefügt, als wir uns verpflichten sollen, Frankreich für die nächsten 10 Jahre 15 bis 22 Millionen Tonnen pro Jahr zu liefern, an Belgien für dieselbe Zeitspanne acht Millionen, ferner 5 Jahre hindurch an Italien jährlich 5 Millionen Tonnen, so daß insgesamt ungefähr 37 Millionen Tonnen hinzukämen, die uns außer dem Verlust der Produktion im Saargebiet und Oberschlesien für den Aufbau und die Weiterentwickelung unserer eigenen Industrie und für die Ausfuhr nach den Nachbarländern fehlen würden.

Sollten diese Forderungen der Entente wirklich zur Durchführung kommen, so bedeutet das den Ruin der deutschen Industrie in kürzester Zeit. Wir sind dann außerstande, Deutschland mit seinen nahezu 60 Millionen Menschen weiter zu ernähren, und da wir keine Ware mehr exportieren können, so bleibt uns wohl oder übel nichts anderes übrig, als Menschen zu exportieren. Deutschland würde, wenn es diesen Friedensvertrag anerkennen wollte, lediglich zu der Bedeutung eines Agrarstaates herabsinken, der im Höchstfalle 40 Millionen Menschen ernähren könnte. Die übrigen 20 Millionen müssen dann die deutsche Heimat verlassen und sähen sich der ungewissen Zukunft überwiesen, die überall dem auswandernden Arbeiter droht.

Deutsches Reich.

:: **Belagerungszustand in ganz Westpreußen.** Um die Sicherheit in Westpreußen zu gewährleisten, hat das preußische Staatsministerium über die ganze Provinz den Belagerungszustand durch Außerkraftsetzung der Artikel 5. 6. 27. 29 und 30 der Verfassung ver-

hängt und der Oberpräsident hat darauf angeordnet: Haussuchungen und Verhaftungen können von den dazu berechtigten Behörden und Beamten jederzeit vorgenommen werden. Alle öffentlichen Versammlungen sind mindestens 48 Stunden vorher bei dem zuständigen Landrat und in den Stadtkreisen bei der Ortspolizeibehörde unter Angabe des Ortes, der Zeit und der Veranstalter anzumelden.

:: **Die deutsche Nationalversammlung** wird Ende dieses Monats zu einer kurzen Tagung zusammentreten. Dann wird sich die Nationalversammlung, soweit sich jetzt voraussehen läßt, vertagen, und zwar etwa bis zum 16. Juni. An diesem Tage soll die deutsche Nationalversammlung dann wieder in Weimar zusammentreten. Der Abschnitt dieser Sommertagung der deutschen Nationalversammlung dürfte bis etwa zum 1. August dauern. Dann soll eine größere Pause in den Verhandlungen eintreten.

:: **Vermögen bis zu 10 000 Mark sind frei.** Gegenüber hervorgetretenen Zweifeln, welche untere Vermögensgrenze für die Verpflichtung zur Aufstellung der nach der Verordnung vom 13. Januar 1919 vorgeschriebenen Vermögensverzeichnisse maßgebend sein soll, hat sich der Reichsminister der Finanzen dahin ausgesprochen, daß zwar grundsätzlich jede Person, die Vermögen im Sinne des Besitzsteuergesetzes besitzt, ohne Rücksicht auf dessen Höhe verpflichtet ist, ein Vermögensverzeichnis aufzustellen, daß es aber unbedenklich erscheint, bei Vermögen bis zu 10 000 Mark auf die Ausfüllung der Vermögensverzeichnisse zu verzichten.

:: **Versorgung der Marineoffiziere und Deckoffiziere.** Zwischen den beteiligten Reichs- und Staatsbehörden schweben Verhandlungen, den Offizieren und Deckoffizieren, die aus Anlaß der Verkleinerung der Marine ausscheiden müssen, wenigstens, soweit sie zehn Jahre unter Anrechnung von Kriegsjahren und doppelter Zeit gedient haben, ein Wartegeld zu gewähren, jedoch mit der Einschränkung, daß sie nach einer bestimmten Zeit auf die ihrer Dienstzeit entsprechende Pension gesetzt werden. Auch für die Kapitulanten sind Bestrebungen im Gange, um ihnen in ähnlicher, jedoch ihren besonderen Verhältnissen entsprechender Weise den Uebergang in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern.

:: **Tagung des Parlaments des Ostens in Berlin.** Zu der Meldung über die Bildung des Parlaments des Ostens erfährt die „V. Z.", daß die Abgeordneten beider Parlamente aus den Ostprovinzen, einschließlich Schlesiens, am nächsten Donnerstag in Berlin zusammentreten, um zu den aus den Friedensbedingungen sich ergebenden besonderen Ostfragen Stellung zu nehmen.

** **Spartakistische Ausschreitungen in Eisenach.** Montag Nacht haben Spartakisten den Güterbahnhof in Eisenach mit Minenwerfern in Brand geschossen. Gleichzeitig unterhielten sie ein Gewehrfeuer, um die Löscharbeiten zu hindern. Es verbrannten dabei große Mengen von Lebensmitteln. Ein Güterschuppen und Güterzug brannten ab. Explodierende Kohlensäureflaschen verursachten ein schreckliches Getöse: Soldaten vertrieben die Spartakisten nach lebhaftem Kampf. Verstärkungen der Regierungstruppen wurden herangezogen, die Lage wurde wieder hergestellt. Es ist soviel Militär in Eisenach vorhanden, daß weitere Ausschreitungen verhindert werden können.

* **Einzug der Regierungstruppen in Stettin.** Dienstag früh rückten Regierungstruppen in vollster Ordnung in Stettin ein. Auf der Lastadie wurde ein Widerstandsnest aufgehoben. Es wurden drei Maschinengewehre und zahlreiche Waffen beschlagnahmt. Mehrere Verhaftungen erfolgten. Eine Anzahl befreiter Verbrecher wurde festgenommen. — Der Kommandierende General des 2. Armeekorps, Generalleutnant v. Kräwel, in Stettin, ist seines Amtes enthoben worden. An seine Stelle tritt Generalleutnant v. Oven, bisher Kommandierender General des 21. Armeekorps.

** **Großen Lebensmittelschiebungen** ist die Dortmunder Sicherheitswehr auf die Spur gekommen. Die Hamburger Kaufleute Adler, Meyer und Richert haben mit dem als Lebensmittelschieber bekannten Nöthing in Dortmund gewerbsmäßig Kaufverträge abgeschlossen, durch die ihnen von Nöthing Lebensmittel aller Art und in jeder Menge geliefert wurden. Bei einer unvorsichtigen Auseinandersetzung zwischen den Schiebern, die in Tätlichkeiten auszuarten drohte, erhielt die Polizei Kenntnis von der Angelegenheit. Sie entdeckte und beschlagnahmte Riesenlager von Lebensmitteln. Auf dem Bahnhof in Dortmund und auf den Bahnhöfen der Umgebung wurden eine Reihe von Wagen beschlagnahmt, die teils für die Abfahrt nach Hamburg bereitstanden, teils für Nöthing eingelaufen waren. Die verschobenen Lebensmittel kamen von dem Proviantamt Kassel. Der Wahrenbestand der beschlagnahmten Lebensmittel hat einen Wert von 1½ Millionen Mark und kommt der Stadt Dortmund zugute. Der Hauptschieber Nöthing stand in engster Verbindung mit dem Proviantamte in Kassel. Nöthings Hauptschiebergenossen sollen in dem benachbarten Mengede sitzen. Ein Waggon trug als Abgangsstelle einen Zettel mit der Aufschrift Proviantamt Fulda, so daß es nahe liegt, daß die Proviantämter Kassel und Fulda gemeinsame Arbeit leisteten.

Rundschau im Auslande.

Polen: Eroberung des galizischen Petroleum-Gebiets.

‡ Der polnische Heeresbericht meldet von der galizischen Front: In der Nacht auf den 19. Mai eroberten polnische Truppen Borysław und Drohobycz. Borysław ist unbeschädigt. Andere Abteilungen eroberten Nikolajew und erzwangen den Durchgang über die Dnjesterbrücke bei Nowwadow. Die Heerstraße sowie die Eisenbahnlinie Lemberg—Nikolajew ist gänzlich in unserem Besitz. Der Feind flieht in Ueberstürzung.

England: Meutereien in der englischen Armee.

‡ Wie Londoner Blätter melden, hat die englische Polizei das Hauptquartier der „Union für Matrosen, Soldaten und Militärflieger" besetzt. Es handelt sich um eine Vereinigung, die offenbar eine Meuterei in der Armee und Flotte vorbereitete. Ueber derartige Strömungen in der englischen Armee, die aber nur als Teilerscheinungen zu betrachten sind, berichteten dieser Tage auch die „Daily Mail" Danach bestand in der englischen Armee eine Bewegung, am 11. Mai eigenmächtig zu demobilisieren, da sie auf Lord Derbys Bedingungen in die Armee eingetreten seien, bis sechs Monate nach Kriegsende zu dienen. Am 11. Mai waren diese sechs Monate seit Abschluß des Waffenstillstandes abgelaufen.

Rußland: Auflehnung gegen den Bolschewismus.

‡ In Dünamünde kam es am 11. und 12. Mai zu offener Auflehnung gegen die bolschewistischen Gewalthaber. Zwei Bolschewistenkommissare wurden in die Aa geworfen und fanden da den Tod. Auch in Riga fanden unter der Losung: „Nieder mit dem Kommunismus!" Massenkundgebungen der Arbeiter und des Militärs gegen die Bolschewistenherrschaft statt. In Reval wurde vom Zentralrat der Gewerkschaften, die mit den Bolschewismus in Verbindung stehen, ein allgemeiner Ausstand verkündet. Der Zentralrat wurde verhaftet, ein Gegenstreik wird vorbereitet.

China: Chinesische Unzufriedenheit.

‡ Als Aeußerung der Unzufriedenheit mit den von der Pariser Konferenz angenommenen Beschlüssen wird nun in den Hauptstädten versucht, einen Boykott japanischer Bankscheine und japanischer Artikel zu organisieren. Bereits weigern sich chinesische Blätter, japanische Annoncen aufzunehmen, während die Kaufläden sich dagegen sträuben, japanische Artikel auszustellen.

— Foch ist von seiner Rheinreise nach Paris zurückgekehrt und von Clemenceau empfangen worden.

— Im englischen Unterhaus gab Bonar Law bekannt, die alliierten Regierungen hätten beschlossen, gegenwärtig nicht die gesamten Bedingungen des Friedensvertragsentwurfes zu veröffentlichen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Bielefeld, den 22. Mai 1919.

— **Deutsch-nationale Volkspartei.** Die Hauptversammlung des Landesparteitages der Deutsch-nationalen Volkspartei wurde am Montag um 10 Uhr durch den Vorsitzenden Herrn Justizrat Klasing eröffnet. Er begrüßte die Delegierten, die anwesenden Abgeordneten der Parlamente und den gleichfalls erschienenen Geschäftsführer der Hauptpartei, Herrn Abgeordneten Graefe. Der Redner betonte noch einmal, wie aus den Trümmern der alten Parteien sich nun in der Deutsch-nationalen Partei etwas ganz neues aufgebaut habe. Eine Partei, die die verschiedensten Stände zusammengeführt habe zu dem einen großen Ziele, auf dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung unser zerrissenes Volk und Vaterland wieder zu deutsch-nationaler Einheit zu führen. Aus den Verhandlungen, welche die einzelnen Berufsstände in ihren Sonderausschüssen schon geführt hätten, wo auch besonders im Landwirtschaftlichen Ausschuß die Beratungen der Landwirte und Landarbeiter in großer Einmütigkeit geführt seien, habe er die Gewißheit, daß die Deutsch-nationale Volkspartei dazu berufen sei, die Volksteile zusammenzuführen, die das Staatsleben nicht nach den Grundsätzen einer materialistischen, sondern einer christlich-sittlichen Weltanschauung geleitet wissen wollen.

Als erster Redner berichtete Herr Abgeordneter Wallbaum über die Tätigkeit der Deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung. Unter viel Schwierigkeiten habe man versucht, in den Revolutionswirren durch geeignete Anträge in den verschiedensten Fragen: Landarbeiter, Versicherungsgesetzgebung, Sonntagsruhe, Zwangswirtschaft usw. praktische Arbeit zu leisten. Wenn auch die derzeitige Regierung die Mitarbeit der Deutschnationalen Volkspartei noch ablehne, im Volk breche sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß nicht der Sturz des Bestehenden, sondern der Aufbau auf dem gelegten Grunde das Volk zum Glück und zur Freiheit führe.

In einer Entschließung, die der Reichsleitung unterbreitet werden soll, fordert der Landesparteitag Ablehnung der Friedensbedingungen, die ein Hohn seien auf alles menschliche Empfinden.

Nun folgte die Beratung des Satzungsentwurfs für den Landesverband, der nach einigen kleinen Änderungen angenommen wurde. Die Nachmittagssitzung brachte die Berichte der Abgeordneten, Pfarrer Koch von der Preußischen Nationalversammlung, Landgerichtspräsident Preuß vom Lippischen Landtag, Pastor Heidkämper von Schaumburg-Lippe. Herr Oberlehrer König-Herford stellt den Antrag, den Landesverbänden des Ostens eine Vertrauenskundgebung zu übermitteln und zu treuem Durchhalten zu ermuntern. Mit einem kräftigen Schlußwort des Herrn Landrat von Ledebur zum Festhalten an alter, deutscher Treue fand die Versammlung ihr Ende.

Die Abendversammlung, in der Herr Abgeordneter Wallbaum, Fräulein Oberlehrerin Pape und Abgeordneter Koch die inneren und äußeren Schwierigkeiten für Volk und Vaterland besprachen, war sehr stark besucht und endete nach den eindringlichen Ausführungen der Redner mit dem alten, machtvollen Sang auf deutsche Einigkeit, deutsche Kraft und deutsche Treue.

Letzte Nachrichten.

Der deutsche Gegenvorschlag.

Nach einer Meldung aus Paris wird der deutsche Gegenvorschlag folgende Punkte enthalten:

1. Anerkennung der Prinzipien Wilsons;
2. die Entscheidung der polnischen Frage durch Volksabstimmung;
3. Ablehnung der Annexion des Saargebiets;
4. Zurückziehung der Besatzung des Rheingebietes;
5. Uebergabe eines noch größeren Teiles der Kriegsflotte, aber von weniger Dampfschiffen;
6. Beibehaltung eines größeren Heeres als die Entente vorgeschlagen hat.

Nach einer Mitteilung des „Echo de Paris" wird der Verband der Gewährung einer weiteren Frist, die jedoch acht Tage nicht überschreiten dürfte, nichts entgegenstellen. Für den Unterzeichnungstermin gibt er die Zeit zwischen dem 5. und 8. Juni an.

Ein Nachgeben der Entente?

Zwischen den in Kattowitz weilenden Mitgliedern der Ententemission und dem Viererrat in Versailles fand ein Telegrammwechsel statt, aus dem hervorgeht, daß die Entente nicht abgeneigt ist, auf die Abtretung Oberschlesiens an die Polen zu verzichten.

Sonderverhandlungen mit den Einzelstaaten.

Der „Temps" rät den Alliierten, die vorläufige deutsche Verfassung auszunutzen, die den deutschen Einzelstaaten das Recht gibt, Verträge mit fremden Staaten abzuschließen. Man sollte Bayern auffordern, mit den Alliierten wegen des Saarbeckens — gemeint ist die bayerische Pfalz — ein besonderes Uebereinkommen zu treffen, mit Baden sollte man über die Regelung der Frage des Hafens von Kehl und mit dem Hamburger Senat über die Internationalisierung der Elbe verhandeln.

Der rumänische Anmarsch auf Budapest.

Der französische General Franchet d'Esperey erklärte dem Grafen Julius Karolyi, daß seine Anwesenheit an der Front ausschließlich den Zweck habe, den Uebergang rumänischer Truppen über die Theiß zu leiten. Er glaube, in zwei, spätestens drei Wochen mit diesen in Budapest einrücken zu können.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heinbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 1382 Hannover.

Für christliche Eltern ein wichtiges Buch!
Biblische Kindererziehung.
von Heinrich Dallmeyer.
2. vermehrte Auflage (6—10. Tausend).
Gebunden Mk. 3.50 und 10% Teurungszuschlag.
Porto und Verpackungsgebühren außerdem.
Pastor Ernst Wengel, Direktor des Deutsch-Evangelischen Volksbundes, urteilt über das Werk wie folgt:
„Ich habe selten ein Buch mit solch warmer, innerer Anteilnahme vom Anfang bis zum Ende durchgelesen, wie dieses. Hier spricht ein Mann und Vater goldene Worte tiefster pädagogischer und psychologischer Erfahrung; und — was die Hauptsache ist — er hat diese Erfahrung gewonnen auf dem Goldgrund der heil. Schrift. Die anerkannten Vorzüge der Dallmeyerschen Schreibweise — große Klarheit und lebendiger Ton — treten hier ganz besonders wirksam hervor und lassen dies Buch für Gebildete wie Ungebildete gleich fesselnd erscheinen.
Es überragt turmhoch die meisten derartigen Erscheinungen und verdient, in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und in die Hände aller Eltern — junger wie alter — Pastoren, Lehrer und sonstiger Erzieher gelegt zu werden. Möchte Gottes reichster Segen es auf seinem Wege begleiten."
Bestellungen richte man freundlichst an die
Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel b. Bielefeld.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe in reizender Verpackung
empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie
Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 12, n. d. Ev. Vereinshaus.
Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Spezialgeschäft Solinger Stahlwaren und Waffen
Heinr. Querl, Obernstrasse 39, Bielefeld.
Hohlschleifereiund Reparaturwerkstätte.

Beste und billigste Bezugsquelle sämtlicher Rasier-Utensilien.
Für jedes bei mir gekaufte Stück volle Garantie.

Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G T)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe, um unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld
bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.
Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Suche zur Führung meines Haushalts zum baldigen Eintritt eine christlich gesinnte kräftige
Haushälterin
welche auch etwas Gartenarbeit versteht. Lehrer M. Plöger, Herford, Engerstraße 13.

Jg. Mädchen
vom Lande, 23 Jahre alt, sucht Stelle, am liebsten in Bethel. Lohn nach Übereinkunft. Näh. zu erfragen bei Friseur Bäumer, Bielefeld, Gütersloherstr. 58